

İsta

BÜLTEN BULLETIN

**İFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe İFO-TÜRK erlaubt

4. Jg. - Juli/August 1980
Deutsche Ausgabe Nr. 21/22
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM



(From daily Milliyet)

AUF DEM WEG IN DEN PARLAMANTARISCHEN FASCHISMUS

VORGEZOGENE WAHLEN: EIN SCHRITT ZUM PARLAMENTARISCHEN FASCHISMUS

ANKARA (ITA) - Während der politische Terror in der Türkei weiter zunimmt und in den letzten beiden Monaten 904 Menschen das Leben kostete, wurde in der türkischen Hauptstadt die Frage vorzeitiger Parlamentswahlen heiß diskutiert. Premierminister Demirel kündigte an, daß seine Partei dafür eintritt, in der Zeit zwischen dem 15. Oktober und dem 15. Dezember diesen Jahres vorgezogene Wahlen abzuhalten. Wenig später schlug der Vorsitzende der islamisch-fundamentalistischen Nationalen Heilspartei Erbakan der Nationalversammlung den 26. Oktober 1980 als Datum für vorgezogene Parlamentswahlen vor.

Neben diesen beiden Partei unterstützt auch die Partei der Nationalen Bewegung des faschistisch orientierten Oberst Türkes den Vorschlag einer vorgezogenen Wahl.

Auf der anderen Seite haben die Republikanische Volkspartei des Sozialdemokraten Ecevit und alle fortschrittlichen Kräfte der Türkei sich gegen diese Idee ausgesprochen.

Dieser Konflikt kann folgendermaßen erklärt werden: Zunächst scheinen vorgezogene Wahlen für die Gerechtigkeitspartei die einzige Möglichkeit zu sein, in der nächsten Legislaturperiode an der Macht zu bleiben, weil im Gegensatz zu regierungsoffiziellen Verlautbarungen die wirtschaftliche Situation alles andere als vielversprechend ist. Die Minderheitsregierung der Gerechtigkeitspartei würde nach einem weiteren Winter mit ähnlichen Problemen wie im Vorjahr keine Wahlchancen mehr haben, wenn die Wahlen wie vorgesehen im Frühjahr 1981 stattfänden. Zum Zweiten hat die politische Gewalt im Lande ein derartiges Ausmaß angenommen, daß eine militärische Intervention und die Errichtung einer militärisch kontrollierten nichtparlamentarischen Regierung sehr wahrscheinlich wird, wenn es nicht zu vorzeitigen Wahlen kommt. Doch wichtige Kreise des Großkapitals ziehen einen parlamentarischen Faschismus einer militärischen Intervention vor. Eine vorgezogene Wahl gibt den Parteien der Rechten die Chance, eine absolute Mehrheit zu gewinnen.

Zwei Umstände sprechen nach Ansicht Demirels dafür, daß dieses Ziel erreicht werden kann:

1. Die Regierung Demirel hat besonders während des Fastenmonats Ramadan alles ihr durch internationale Kredite und die Überweisungen von türkischen Arbeitern im Ausland zur Verfügung stehendes Geld dafür benutzt, bestimmte Konsumgüter wieder auf den Markt zu bringen, die unter der Regierung Ecevit nicht zu haben waren, Sie erhofft sich dadurch zumindest für einige Monate eine vorteilhafte Ausgangssituation für Wahlen.

2. Indem die Regierung rechte Terroristen unterstützt und schützt bewirkt sie bei der Masse der Bevölkerung eine Atmosphäre von Angst und Einschüchterung. Die Grauen Wölfe der faschistischen Partei haben die wichtigsten Provinzen in Zentralanatolien unter Kontrolle genommen. Die örtlichen Vorsitzen dieser Partei haben sogar in Zeitungsberichten erklärt, daß Recht und Ordnung in diesen Regionen nicht durch die staatlichen Sicherheitsorgane sondern mithilfe ihrer paramilitärischen Kampfverbände aufrecht erhalten würde. Unter solchen Umständen würde es für fortschrittliche Wähler in manchen Provinzen unmöglich sein, zur Wahlurne zu gehen. Demirel hofft, daß seine Partei und die mit ihm verbündete Partei der Nationalen Bewegung von einer solchen Atmosphäre der Angst und Einschüchterung profitieren wird und die absolute Mehrheit gewinnen wird.

Eine absolute Mehrheit der beiden Rechtsparteien wird zur Folge haben, daß die ökonomischen und politischen Maßnahmen durchgesetzt werden, die bereits von kapitalistischen Kreisen vorgeschlagen wurden:

1. Eine Verfassungsänderung im antidemokratischen Sinne, die die Macht der Regierung vergrößern und die Autorität der demokratisch kontrollierten Institutionen wie des Verfassungsgericht und des Staatsrats einschränken soll.

2. Direkte Wahl des Präsidenten der Republik. - Zur Zeit kann die Wahl des Präsidenten nicht im Parlament stattfinden, weil es eine Pattsituation zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien gibt. Da der derzeitige Präsident ein Mitglied der Gerechtigkeitspartei ist, zieht Demirel die gegenwärtige Pattsituation vor. Sollte jedoch in vorgezogenen Wahlen die Rechte eine absolute Mehrheit gewinnen, so könnte nach einer Verfassungsänderung ein faschistisch orientierter Politiker in dieses Amt gewählt werden.

3. Wiedereinrichtung der Staatssicherheitsgerichte, die zuvor vom Obersten Verfassungsgericht als verfassungswidrig verboten worden waren.

4. Verabschiedung eines Gesetzes über die Befugnisse und Zuständigkeiten der

4. Verabschiedung eines Gesetzes über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Kriegerrechtskommandeure.
5. Änderung im Strafrecht und in der Strafprozeßordnung.
6. Änderung des Gewerkschaftsgesetzes und des Gesetzes über die Tarifautonomie.
7. Ratifizierung des neuen türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens.

Nach Änderungen dieser Art wird es kaum noch möglich sein, von einem demokratischen System in der Türkei zu sprechen; logischer wäre es dann, die südöstliche Flanke der NATO und der EG ein System des parlamentarischen Faschismus zu nennen. Um jedoch das Scheinbild einer Demokratie aufrecht zu erhalten, wird das türkische Parlament weiter bestehen bleiben, jedoch als Jassager-Parlament, das seine Anweisungen von türkischen und internationalen Kapitalistenkreisen bekommt. Aus diesem Grund sind die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei gegen vorgezogene Wahlen in diesem Jahr und ziehen es vor, bis zum nächsten Frühjahr zu warten, wenn das Prestige der gegenwärtigen Minderheitsregierung abgebröckelt sein wird.

Rechter Terror anlässlich des NATO-Treffens in Ankara

Schon vor der Einrichtung eines offen faschistischen Regimes, ob nun parlamentarisch oder militärisch, haben die rechten Terrorgruppen die Zahl ihrer politischen Gewaltanschläge in den letzten beiden Monaten drastisch erhöht. Mit 904 politischen Morden zwischen dem 16. Juni und dem 15. August 1980 hat die Gesamtzahl der Opfer des in der neunmonatigen Regierungszeit Demirels auf 2 685 zugenommen; im Verlaufe der letzten vier Jahre und sieben Monate betrug die Zahl der Opfer 4 895.

POLITISCHE MORDE VOM 16. JUNI 1980 BIS ZUM 15. AUGUST 1980

ISTANBUL	189	KONYA	11	VAN	3
ORDU	70	ELAZIG	10	AFYON	2
ANKARA	69	ESKISEHIR	10	ISPARTA	2
URFA	65	GIRESUN	8	KUTAHYA	2
ADANA	64	TOKAT	8	MANISA	2
GAZIANTEP	52	KARS	7	SINOP	2
CORUM	47	AMASYA	5	TUNCELI	2
SAMSUN	31	MUGLA	5	ADIYAMAN	1
BURSA	26	AGRI	4	ANTALYA	1
MARDIN	26	KIRSEHIR	4	AYDIN	1
DIYARBAKIR	24	NEVSEHIR	4	CANAKKALE	1
ICEL	19	NIGDE	4	EDIRNE	1
IZMIR	17	RIZE	4	GUMUSHANE	1
KAYSERI	15	SIVAS	4	KIRKLARELI	1
SIIRT	14	ARTVIN	3	MUS	1
HATAY	12	BALIKESIR	3	SAKARYA	1
MALATYA	12	ERZURUM	3	YOZGAT	1
TRABZON	12	KAHRAMANMARAS	3	ZONGULDAK	1
KOCAELI	11	USAK	3		

Nicht nur die Regierung Demirel unterstützt und deckt den Terror der Rechten, auch das Ministertreffen der NATO am 25./26. Juni in Ankara gab diesen Kräften weiteren Aufwind.

Seit 1960 hat die NATO es nicht gewagt, irgendwelche Treffen in der Türkei abzuhalten, weil die Gegenseitigen Kräfte gegen NATO und USA bekannt war. Aber nach der Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1978 haben die NATO- und Amerikafreundlichen Kreise an Einfluß im Staatsapparat gewonnen und damit begonnen, extrem rechte Elemente in Schlüsselpositionen der Streitkräfte und der Polizei einzuschleusen und gleich-

zeitig antiimperialistische und antifaschistische Kräfte zu eliminieren. Das diesjährige NATO-Treffen in Ankara kann daher als ein Beweis der amerikafreundlichen Eskalation in der Türkei angesehen werden.

Es ist nicht verwunderlich, daß nur wenige Tage später, am 5. Juli 1980, Militärtruppen auf Befehl des Kriegsrechtskommandos einen in Ankara stattfindenden Kongreß der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) überfielen und 588 Parteimitglieder festnahmen, darunter die Vorsitzende Behice Boran und der Generalsekretär Nihat Sargin. Sie wurden angeklagt, die Parolen "Sozialistische Türkei" und "Wir werden den Faschismus besiegen" verbreitet zu haben.

Neben diesem staatlichen Terror ging auch der Terror der faschistischen Mörderbanden weiter: zunächst wurde der Mitte-links-Parlamentarier Köksaloglu ermordet, anschließend ereignete sich ein recht mysteriöses Attentat: der ehemalige Premierminister Nihat Erim wurde von unbekanntenen Personen offensichtlich als Vergeltung für den Mord an dem republikanischen Abgeordneten erschossen. Da Erim eines der Mitglieder des Repressionsregimes von 1971 bis 1973 war, wurde seine Ermordung der Öffentlichkeit als ein Terrorakt der Linken dargestellt.

Am 22. Juli 1980 konnten faschistische Banden trotz außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen anläßlich der Beisetzung von Erim den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft Kemal Türkler beim Verlassen seines Hauses in einer Vorort Istanbuls erschießen. Türkler war auch ehemaliger Vorsitzender der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK). Mit seiner Ermordung sollte auch die Arbeiterklasse in die gegenwärtige Flut der Gewalt hineingerissen werden.

In Zentralanatolien wütet der Terror besonders grausam. Allein in der Provinz Corum haben faschistische Killer innerhalb eines Monats mehr als 40 Personen umgebracht. Ähnliche Massaker gab es auch in den Provinzen Ordu, Ankara, Urfa, Adana, Gaziantep, Samsun, Bursa, Diyarbakir und Mardin. Die Faschisten bedienen sich dabei der Taktik, Mitglieder einer Religionsgemeinschaft gegen Anhänger einer anderen Glaubensrichtung aufzuhetzen, wie es auch bei dem Vorfall in Kahramanmaraş Ende 1978 der Fall war. (Das Gerichtsverfahren gegen 822 Angeklagte wegen der Vorfälle in Kahramanmaraş endete mit der Verurteilung von 408 Personen. 22 Personen wurden zum Tode verurteilt, die anderen zu verschiedenen hohen Gefängnisstrafen. 414 Personen jedoch, darunter die verantwortlichen Anstifter des Massakers, wurden freigesprochen.)

Zu einem weiteren Terrorzwischenfall kam es in Fatsa, Provinz Ordu. Hier überfielen Polizeitruppen die kleine Stadt an der Schwarzmeerküste, verhafteten tausende Personen, darunter den fortschrittlichen Bürgermeister der Stadt Fikri Sönmez. Hunderte sollen von der Polizei gefoltert worden sein.

Die Arbeiterklasse antwortete auf all diese Pressionen und Provokationen mit einem Massenstreik. Am 23. Juli 1980 traten mehr als 1 Million Arbeiter in der ganzen Türkei in den Streik. Eine weitere Massendemonstration war die Beisetzung von Kemal Türkler, an der 600 000 Menschen teilnahmen; dies war eine Demonstration der Entschlossenheit der Arbeiterklasse, die demokratischen Rechte zu verteidigen.

In Europa haben verschiedene demokratische Organisationen der türkischen Arbeiter gegen die Morde und den Massenterror in der Türkei protestiert. In Brüssel und Köln haben diese Organisationen schwarze Kränze vor den türkischen Botschaften abgelegt.

SIEBTER DISK-KONGRESS UNTERSTREICHT DIE BEREITSCHAFT ZUM KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE RECHTE

ISTANBUL (ITA) - Vom 25. Juni bis zum 2. Juli 1980 fand in Istanbul der 7. Kongreß der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) statt, an dem 465 Delegierte aus 28 Gewerkschaften teilnahmen, die mehr als eine halbe Million organisierter Arbeiter vertraten. Am Kongreß nahmen auch andere Vertreter nationaler und internationaler Organisationen teil.

Der Bericht des Vorstands und die vom Kongreß angenommenen Resolutionen unterstreichen die Bereitschaft der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung, den Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und für eine "unabhängige, sozialistische Türkei" verstärkt fortzusetzen.

Der Kongreß beschuldigte die gegenwärtige Regierung, den rechten Terror zu begünstigen und den internationalen kapitalistischen Kreisen zu große wirtschaftliche, politische und militärische Konzessionen gemacht zu haben. Er kritisierte aber auch die Republikanische Volkspartei des Sozialdemokraten Ecevit wegen Verrats an der arbeitenden Bevölkerung, die ihn gegen die Rechtsparteien unterstützt hatte.

Die Delegierten übersandten dem türkischen Premierminister eine Resolution, in der sie gegen die zur gleichen Zeit in Ankara tagende NATO-Ministerkonferenz protestierten.

Gegen Ende des Kongresses wurde Abdullah Bastürk erneut zum Vorsitzenden der Konföderation und Fehmi Isaklar zum Generalsekretär gewählt. Der Verwaltungsrat und Vorstand wurde aus Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften gebildet.

(C-M-H-DG-5/7)

VERBOTS-DROHUNG FÜR DIE DISK

Die Tatsache, daß die DISK Einheit und Entschlossenheit im Kampf gegen anti-demokratische Praktiken gezeigt hat und daß sie dies in einer beeindruckenden Art während der Beisetzung ihres früheren Vorsitzenden Türkler, der von faschistischen Killern ermordet worden war, unter Beteiligung von mehr als 600 000 Personen demonstriert hat, all dies hat die herrschenden Kreise in große Panik versetzt.

Am 1. August 1980 beantragte der Staatsanwalt von Bakirkoy (Istanbul) vor dem Arbeitsgericht ein Verbot der DISK. Der Staatsanwalt beschuldigte die DISK, sie wolle eine Hegemonie der Arbeiterklasse in der Türkei mit Hilfe von Massenaaktionen errichten. Er bezeichnete die Demonstration bei der Beisetzung Türklers als eine dieser "revolutionären" Aktionen.

Auf die Vorgänge hat das Europa-Komitee für Einheit und Demokratie in der Türkei (DIB-AK) ein Kommunique herausgegeben, in dem die türkische Regierung des Versuchs beschuldigt wird, die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung in der Türkei mit Hilfe von Gewalt und gerichtlichen Maßnahmen eliminieren zu wollen.

In Reaktion auf dieses Kommunique hat die französische Gewerkschaft CGT eine Erklärung veröffentlicht, in der die Versuche, die DISK zu eliminieren, verurteilt werden; die CGT ruft alle französischen Gewerkschaften auf, ihre Solidarität mit der türkischen Gewerkschaftsbewegung zu bekunden.

Der Weltgewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften haben ebenfalls gegen diese antidemokratische Vorgehensweise demonstriert und ihre Solidarität mit der DISK zum Ausdruck gebracht.

(C-M-Y-DG-3/8)

REGIERUNG VERBIETET 55 STREIKS INNERHALB VON SIEBEN MONATEN

ANKARA (ITA) - Nach Informationen der Tageszeitung Cumhuriyet hat die türkische Regierung allein in den letzten sieben Monaten 55 Streiks in folgenden Branchen verboten: Nahrungsmittel, Energie, Transport, Metallurgie, Glass, Kommunikation, öffentliche Dienste, Zementbau, Eisenbahnen, Petrochemie und Schiffsbau.

Im Laufe der letzten 17 Jahre sind etwa 200 Streiks verboten worden. Seit 1976 wurden jährlich etwa 20-30 Streiks verboten.

Tunc Tayanc, ein ehemaliger Direktor der Forschungsabteilung des Staatlichen Planungsbüros erklärte in einem Artikel vom 22. Juli 1980 in der ANKA REVIEW die Gründe für diese Verbote:

"Das Verbot von Streiks durch Regierungen in der Türkei ist kein neues Phänomen. Bereits das Gesetz Nr. 275 über Tarifautonomie, Streiks und Aussperrungen aus dem Jahre 1963 sieht solche Verbote im Artikel 21 vor für den Fall, daß ein beschlossener oder bereits begonnener Streik (oder Aussperrung) in den Augen der Regierung dem Wohl oder der Sicherheit der Nation abträglich sei. In solchen Fällen kann die Regierung diesen Streik (oder diese Aussperrung) bis zu 30 Tage lang aussetzen. In dem Gesetz ist sogar vorgesehen, daß die Regierung diese Frist um weitere 60 Tage verlängern kann.

Die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ausgesprochenen Streikverbote betreffen fast ausschließlich Streiks in Betrieben des privaten Wirtschaftssektors. Die Erklärung für diese Intervention liegt in den Regierungsentscheidungen vom 24. Januar (und später), die "Wirtschaft zu liberalisieren". Seither ist eine Vielzahl anderer Maßnahmen getroffen worden, um die freie Marktwirtschaft entsprechend den Wünschen des heimischen und internationalen Kapitals und ihrer Organisationen zur beherrschenden Kraft im Lande zu machen.

Die Begründung für die Streikverbote des letzten halben Jahres kann allerdings nicht "öffentliches Wohl" oder "nationale Sicherheit" sein; das klare Ziel dieser Verbote ist eine "Liberalisierung der Wirtschaft".

Doch die Regierung versucht nicht nur mit Streikverböten dem Widerstand der Arbeiter gegen die sinkenden Realeinkommen zu bekämpfen. Sie zielt auch auf eine Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes und des Gesetzes über die Tarifautonomie, um so ihre Wirtschaftspolitik besser durchsetzen zu können. Angestrebt wird eine Einheitsgewerkschaft nach dem Industriegewerkschaftsprinzip, um so die Macht der DISK zu zerstören. Inzwischen sind diese Änderungsvorschläge der konservativen Gewerkschaftsföderation TÜRK-IS von der Regierung schmackhaft gemacht worden. Man muß jedoch in diesem Zusammenhang an die blutigen Demonstrationen vom 15. und 16. Juni 1970 erinnern, die eine Reaktion der Arbeiterschaft auf ähnliche Pläne gewesen waren.

(C-M-ANKA-DG-10/8)

LANGSAMER FORTSCHRITT AUF DEM WEG ZUR VOLLMITGLIEDSCHAFT DER TÜRKEI IN DER EG

BRUSSEL (ITA) - Der türkisch-europäische Assoziationsrat stellte anlässlich eines Treffens Ende Juni 1980 in Brüssel erneut fest, daß die Kluft zwischen der EG und einer vollen Mitgliedschaft der Türkei unverändert groß sei.

Die EG gab den türkischen Forderungen nach voller Bewegungsfreiheit der türkischen Arbeiter innerhalb der Gemeinschaft gemäß den Vereinbarungen des Assoziationsabkommens nicht nach. Die Türkei konnte keine konkreten Verbesserungen aushandeln und die Frage der Einführung von Zwangsvisa für in EG-Länder einreisende Türken ist immer noch nicht vom Tisch.

Bei dem Treffen bat die Türkei auch um eine Erhöhung des vorgesehenen 850-Milliarden-Dollar-Kredits, was jedoch besonders von Großbritannien und Holland entschieden abgelehnt wurde.

Trotz solcher negativen Ergebnisse bezeichnete der türkische Außenminister Ermen die Entscheidungen des Assoziationsrats als "einen Beweis für den beiderseitigen guten Willen, die Beziehungen zu verbessern", und er wiederholte die Entschlossenheit seiner Regierung, noch vor Ablauf dieses Jahres die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG zu beantragen.

Europäischer Gewerkschaftsbund gegen EG-Mitgliedschaft für antidemokratische Türkei

Während die Spekulationen über einen türkischen EG-Beitritt weitergehen hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) die türkische Regierung darüber informiert, daß "eine wichtige Vorbedingung für einen solchen Beitritt die Anerkennung der fundamentalen demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte ist. Vorfälle wie die Verhaftung türkischer Gewerkschafter am 30. April 1980 können die europäische Gewerkschaftsbewegung dazu führen, das Beitrittsgesuch der türkischen Regierung zur EG zu bekämpfen."

Der Generalsekretär des EGB Mathias Hinterscheid sandte Kopien dieses Schreibens an den Präsidenten der EG-Kommission Roy Jenins und den Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp, wie auch an Frau Simone Veil, die Präsidentin des Europaparlaments und an Franz Karasek, den Generalsekretär des Europarats.

In einem Brief Hinterscheids an die dem EGB angehörenden Gewerkschaften heißt es: "Sie wissen sicherlich, daß in der Türkei der Ausnahmezustand herrscht. Seit Jahren werden in der Türkei alle gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten, die gegen die Regierung gerichtet sind, verboten und unterdrückt. Ein klarer Beweis dafür ist die Haltung der Kriegsrechtsbehörden gegen die Maikundgebungen. Seit einigen Jahren werden Gewerkschaftsführer unmittelbar vor dem 1. Mai verhaftet und für ein bis zwei Wochen im Gefängnis behalten, um diese Kundgebungen zu verhindern. Da die türkische Regierung mit allen Mitteln einen Eintritt in die Familie der westeuropäischen Demokratien sucht, hielten wir es für angebracht, an die türkische Regierung zu schreiben, um ihr zu erklären, daß die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung nicht bereit ist, ein Land in der EG zu akzeptieren, das die fundamentalen Freiheits- und Gewerkschaftsrechte nicht respektiert. Wir haben diesen Weg gewählt, der vielleicht nicht spektakulär, aber möglicherweise wirkungsvoller ist, um die Verantwortlichen in den Europäischen Organisationen und in der türkischen Regierung aufzufordern, ihre Gespräche nicht nur auf wirtschaftliche und stra-

teigische Probleme zu beschränken, sondern ernsthaft auch die schweren sozialen und politischen Probleme mitzudiskutieren, unter denen die Bevölkerung der Türkei zu leiden hat."

Die beiden türkischen Gewerkschaftsverbände DISK und TÜRK-IS haben bereits ihre Aufnahme in den EGB beantragt. Die Anträge wurden auf der EGB-Vorstandssitzung am 12./13. Juni 1980 in Genf behandelt. Die Aufnahmeanträge der beiden türkischen Verbände wurden zusammen mit denen von sechs anderen Organisationen an das Sekretariat zur genaueren Prüfung weitergeleitet, während die Anträge von acht Gewerkschaftsverbänden abgelehnt wurden.

Eine endgültige Entscheidung wird in der ersten Hälfte des kommenden Jahres erwartet.
(C-M-ANKA-ETUC-7/7)

ZWEI JOURNALISTEN WURDEN OPFER DES POLITISCHEN TERRORS

ANKARA (ITA) - Dem politischen Terror sind auch zwei türkische Journalisten zum Opfer gefallen. Am 22. Juli 1980 wurde der Reporter der linksgerichteten Tageszeitung Demokrat Recai Unal tot in Istanbul aufgefunden. Er war 21 Jahre alt.

Ebenfalls in Istanbul starb am 24. Juli 1980 der Fotograf Mete Atabek von der Tageszeitung Istiklal,; er geriet in eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen einer Terroristengruppe und einer Militäreinheit und wurde von Kugeln der Soldaten getroffen.

Nach Angaben der Tageszeitung Demokrat vom 22. Mai 1980 wurden in den vorausgegangenen sechs Monaten mehr als 50 Lehrer von rechtsgerichteten Terroristen ermordet.

Repressionen gegen Lehrer

In den ersten sechs Monaten der Regierung Demirel wurden insgesamt 800 Lehrer verhaftet, 20 000 Lehrer wurden versetzt, 200 Lehrer wurden aus dem Schuldienst entlassen und 30 000 Lehrer wurden mit unterschiedlichen Strafen belegt, weil sie an Protestaktionen gegen das Massaker von Kahramanmaraş teilgenommen hatten.

Verbot für Wochenzeitschriften "Yürüyüş" und Adımlar"

Das Kriegsrechtskommando der Provinz Ankara hat den Druck und Vertrieb der sozialistischen Wochenzeitschrift "YÜRÜYÜŞ" wie auch der Tageszeitung "DEMOKRAT" in der Provinz Ankara verboten. Nach diesem Verbot begannen die Yürüyüş-Herausgeber mit der Veröffentlichung einer anderen Wochenzeitschrift mit dem Titel "Adımlar", die jedoch ebenfalls verboten wurde.

Kanadische Frau verhaftet wegen Besitz einer "verbotenen" Publikation

Eine kanadische Studentin der Bogazici-Universität in Istanbul wurde am 14. Juli 1980 am Flughafen Yesilkoy verhaftet, weil sie "linke" Bücher in ihrem Gepäck hatte. Miss Philippe Creery sagte aus, daß sie diese Bücher in englischer Sprache gekauft hatte, als sie in die Türkei kam. Sie hatte keine Ahnung, daß diese Bücher einen Straftatbestand in der Türkei darstellten.

Trotz ihrer Einlassung wurde die Kanadierin eine gewisse Zeit arrestiert und die Bücher wurden zur Politischen Polizei geschickt, die feststellen sollte, ob es sich um verbotenes Material handelt.

Protest deutscher Parlamentarier

Drei deutsche Parlamentarier, Manfred Coppik, Klaus Thüsing und Klaus Kirschner haben dem türkischen Premierminister Demirel ein Protestschreiben zugeschickt, das die Pressionen gegen die türkische Presse anprangert.

Das Schreiben wurde auch von der deutschen Sektion von Amnesty International und einigen deutschen Schriftstellern unterzeichnet. In ihm wird das Verbot von Zeitungen in der Türkei als ein schwerer Schlag gegen die Pressefreiheit bezeichnet und die türkische Regierung wird aufgefordert, diese Freiheit in Zukunft zu respektieren.
(C-M-DG-15/8)

425 000 JUGENDLICHEN WIRD RECHT AUF WEITERBILDUNG VERSAGT

ISTANBUL (ITA) - Am 13. Juni 1980 wurden in 35 türkischen Städten und in Nikosia auf Zypern die Aufnahmeprüfungen für die Universität abgehalten. Von den 467 210 Prüflingen (343 000 männliche und 124 210 weibliche Bewerber) konnten sich nur 42 000 für einen Universitätsplatz qualifizieren. Mit anderen Worten: nur 9% der Kandidaten erhielt einen Studienplatz für die Weiterbildung. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit im Lande bedeutet dies für etwa 400 000 junge Leute, daß sie ohne Studienplatz und ohne Arbeitsplatz dastehen. Während noch 1970 50% aller Studienplatzbewerber (38 662 von 76 540) einen Hochschulplatz erhielten, waren es 1975 nur noch 24% (68 508 von 280 000) und 1978 ganze 10% (37 500 von 373 000 Bewerbern). Auch in diesen hohen Ablehnungsraten ist einer der Gründe für die wachsende politische Gewalttätigkeit in der Türkei zu sehen.

PROTEST GEGEN DIE INHAFTIERUNG VON DR. ISMAIL BESIKCI

OSLO (ITA) - Nach den Protestschreiben der Schriftstellerorganisationen Schwedens und der Schweiz (vgl. BULLETIN Nr. 18/1980) hat nun auch die Norwegische Schriftstellervereinigung dem Präsidenten der Republik Türkei Ihsan Sabri Caglayangil in einem Telegramm ihren Protest gegen die Inhaftierung des türkischen Soziologen Dr. Ismail Besikci zum Ausdruck gebracht.

Dr. Besikci befindet sich im Gefängnis, weil er eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht hat, in der er die diskriminierende Politik der türkischen Regierung gegenüber dem kurdischen Volk kritisierte. (Vgl. BULLETIN Nr. 12/Okt. 1979)

In dem Telegramm der Norwegischen Schriftsteller heißt es: "Nach unserer Meinung bedeutet jede Unterdrückung der Redefreiheit geistige Stagnation. Wir erfahren mit Bestürzung, daß im türkischen Kurdistan die kurdische Sprache, die kurdische Literatur und Kultur verboten sind und daß türkische Autoren zum Schweigen gebracht werden, ihre Publikationen verboten werden, die Presse zensuriert wird.... Wir bitten Sie, Ihre ganze Autorität für die Freilassung von Dr. Ismail Besikci einzusetzen."

Das Telegramm wurde vom Vorsitzenden der Norwegischen Schriftstellervereinigung Camilla Carlson unterzeichnet. (ME-DG-6/6)

GEWINNE DER LINKSPARTEIEN IM TÜRKISCHEN TEIL ZYPERNS

NIKOSIA (ITA) - Trotz der repressiven Praktiken der Regierung Denktash haben die linksgerichteten Parteien bei den Kommunalwahlen am 1. Juni 1980 im türkischen Inselteil bemerkenswerte Erfolge verzeichnen können.

Von den elf Kommunen des "Türkischen Bundesstaates Zypern" konnten drei von der Sozialistischen Befreiungspartei gewonnen werden, zwei fielen an unabhängige Kandidaten. Die Partei Dentashs stellt nun nur noch sechs (früher acht) Bürgermeister.

Die Wahlbeteiligung betrug 80% gegenüber nur 65% im Jahre 1976.

Auch die Republikanische Türkische Partei - eine andere Linkspartei - konnte ihr Ergebnis verbessern, jedoch keinen Bürgermeister stellen.

ABONNIEREN SIE INFO - TÜRK BULLETIN !

(C-3/6)

INFO - TÜRK ist ein Herausgeber und Vertriebs - Kollektiv Fortschrittlicher Personen in mehreren europäischen Ländern. Seit vier Jahren gibt INFO - TÜRK monatliche Informationsbulletins in fünf Sprachen (Englisch, französisch, deutsch, flämisch und türkisch) über Vorgänge in der Türkei sowie andere soziale, politische und wirtschaftliche Fragen heraus.

EIN JAHRESABONNEMENT DER DEUTSCHEN AUSGABE KOSTET DM. 15,00

Weitere Publikationen in Deutscher Sprache ;

- Massaker In Ankara. WARUM ? - Bericht und Hintergrund
Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt in der Türkei. 48 Seiten 3,00 DM
- SONDERHEFT 1 ; Institutionalisation der politischen Herrschaft in der Türkei und die ökonomischen Aufgaben des Staates 10,00 DM
- SONDERHEFT 2 ; RESOLUTION - Beschluß des zweiten Parteitag der ARBEITERPARTEI DER TÜRKIE 5,00 DM

Bitte machen Sie Ihre Bestellung durch Einzahlung des entsprechenden Betrags auf folgendes Konto : 110 / 32 58 bei der Deutsche Bank - Dinslaken (BLZ. 350 700 30)